Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3471**

16. Wahlperiode 20. 11. 2006

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Petra Pau, Ulla Jelpke, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Sevim Dağdelen, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Jan Korte, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Kersten Naumann, Wolfgang Neskovic, Dr. Ilja Seifert, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3106, 16/3123, 16/3124, 16/3125 –

Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007
(Haushaltsgesetz 2007)

hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland hat Besorgnis erregende Dimensionen erreicht. Kontinuierlich steigende Zahlen rechtsextremer Straf- und Gewalttaten, anhaltende Wahlerfolge der extremen Rechten und die Eroberung öffentlicher Räume in Städten und Regionen sind unübersehbare Anzeichen einer neuen Qualität.
2. Demokratische Kultur und das friedliche Zusammenleben der Menschen sind gefährdet. Seit 1990 sind bis zu 130 Menschen durch Angehörige der rechten Szene getötet worden. Die Debatten um so genannte No-Go-Areas und die Dominanz der extremen Rechten in ganzen Regionen belegen die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit vor allem durch die Entwicklung des Rechtsextremismus.
3. Die Sondermittel des „Programms zur Stärkung der Inneren Sicherheit“ werden umgewidmet und für die nachhaltige Stärkung und Entwicklung von Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt.
4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die für das „Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit“ auf drei Jahre bereitgestellten Mittel in der Gesamthöhe von 132 Mio. Euro für ein „Programm zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit und Kultur gegen den Rechtsextremismus“ umzuwidmen. Für das Haushaltsjahr 2007 sollen dabei folgende Schritte eingeleitet werden:
   a) Der Bund gründet mit einem Starthaushalt von 10 Mio. Euro ein Forschungsinstitut „Rechtsextremismus in Deutschland und Europa“, das

neben der Erforschung von Ursachen des zunehmenden Rechtsextremismus auch Vorschläge zu seiner Bekämpfung entwickelt.

b) Eine neu zu gründende Nationale Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus soll mit einem Etat von 5 Mio. Euro die unabhängige Beobachtung rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Entwicklungen in Deutschland wahrnehmen.

c) Das Finanzvolumen des neuen Bundesprogramms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ wird auf 38 Mio. Euro verdoppelt, um eine flächendeckende Arbeit von Initiativen und Programmen zu ermöglichen.

d) Die bisher über das Bundesprogramm Civitas geförderten Strukturprojekte Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt und Netzwerkstellen werden an eine geeignete Stiftung oder Institution angebunden und für die nächste drei Jahre mit einer jährlichen Finanzierung von 10 Mio. Euro versehen. Mit diesen zusätzlichen Mitteln wird eine Ausweitung der Ansätze auf ausgewählte Regionen Westdeutschlands ermöglicht.

Berlin, den 20. November 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

1. Mit Datum vom 10. Oktober 2006 legte das Bundesministerium des Innern ein „Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit vor“. Danach erhalten Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Bundeskriminalamt (BKA), Bundespolizei (BPol) und Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in den nächsten drei Jahren jeweils 44 Mio. Euro. Pressemeldungen ist zu entnehmen (Handelsblatt 10. Oktober 2006) dass die Grundlage des Programms eine Finanzzusage des Bundesministers der Finanzen, Peer Steinbrück an Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble ist. Diese Finanzzusage besteht zusätzlich zu der für den Einzelplan 06 für das Jahr 2007 in diesem Bereich bereits vorgesehenen Steigerung von 1,8 Prozent, das sind 80 Mio. Euro.

2. Obwohl das Programm die Innere Sicherheit stärken soll, dient es in seiner gegenwärtigen Ausrichtung ausschließlich der Finanzierung des Kampfes gegen den „islamistischen Terrorismus“. Über Ursachen und Ausmaß der Bedrohung durch diesen Terrorismus bestehen im Parlament unterschiedliche Meinungen. Um Art, Zweck und Umfang präventiver Aufgaben dabei muss deshalb weiter parlamentarisch gestritten werden. Es entspricht aber weder wissenschaftlichen noch politischen noch haushalterischen Grundsätzen, ohne eine unabhängige wissenschaftliche und bürgerrechtliche Evaluierung der bereits bestehenden umfangreichen Anti-Terror-Gesetze erneut Steuermittel in Aktivitäten zu stecken, deren Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit nicht belegt sind und die sich systematisch der Kontrolle und Bewertung durch das Parlament entziehen. Damit würde die Weigerung der Bundesregierung, eine unabhängige Evaluierung in Auftrag zu geben, nicht nur hingenommen, sondern mit einem beispiellosen Ausbauprogramm geradezu belohnt.

3. Zeitgleich mit der Finanzierungszusage für das Sonderprogramm werden im Haushalt Möglichkeiten der Finanzierung der bisherigen Programme gegen Rechtsextremismus gesucht. Monatlich über 1 000 Straftaten, darunter jeweils eine große Zahl von Gewalttaten gegen Leib und Leben von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, Rassismus und Antisemitismus schlagen bei vielen Gelegenheiten gefährliche Wellen. Die jüngsten Wahlergebnisse haben ein bisher nicht vorstellbares Ausmaß an verfestigten und politisch mobilisierbaren rechtsextremistischen politischen und ideologischen Versatzstücken ans Licht gebracht. Eine Weiterführung der bisherigen Strategie mit routinemäßiger Aufklärung und andere Aktivitäten auf dem bisherigen Niveau sind keine angemessene Reaktion. Erforderlich sind stattdessen außerordentliche Anstrengungen kultureller, politischer, bildungsmäßiger und sozialpolitscher Art mit nachhaltiger Wirkung. Sie müssen personell, konzeptionell und finanziell weit über die bisherigen Aufwendungen hinausgehen. Dafür hat die Bundesregierung bisher keine Vorschläge vorgelegt.

   Eine Umwidmung der Mittel aus dem „Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit“ in ein „Programm zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit und Kultur gegen Rechtsextremismus“ wäre ein deutliches Zeichen an die Öffentlichkeit, dass die Gefahr deutlicher als bisher gesehen und bekämpft wird und damit dringend erforderlich, sinnvoll und angemessen.

   Die für das Jahr 2007 vorgeschlagenen Beträge entsprechen in der Summe der im ursprünglichen Programm vorgesehenen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333